

---

**12031/J XXVII. GP**

---

**Eingelangt am 16.08.2022**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

**der Abgeordneten Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, , Kolleginnen und Kollegen  
an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität,  
Innovation und Technologie  
betreffend Ausbau der Photovoltaik in Österreich**

Die heimische Stromerzeugung bis 2030 auf 100 % erneuerbare Energieträger umzustellen ist ein bedeutendes Etappenziel zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2040 und stellt einen wichtigen Schritt zur Erfüllung der internationalen klimapolitischen Verpflichtungen der Republik Österreich dar. Gleichzeitig ist spätestens seit der aktuellen Energiekrise die Verfügbarkeit von sauberem und kostengünstigen heimischen Strom eine Frage der Versorgungssicherheit, Geopolitik und Sicherung des Wirtschaftsstandortes geworden.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist neben dringend notwendigen Fortschritten bei der Energieeffizienz vor allem ein entsprechender Ausbau der erneuerbaren Kapazitäten in Österreich notwendig. Dementsprechend wird gemäß Regierungsprogramm bis 2030 insgesamt ein Zubau von ca. 27 TWh zusätzlicher erneuerbarer Kapazität angestrebt, wovon etwa 11 TWh auf die Photovoltaik entfallen. Dies entspricht in etwa 3000kWh Ausbau pro Tag, jeden Tag bis 2030. Dies unterstreicht, dass schnell wirksame, effektive Maßnahmen dringend erforderlich sind, wenn dieses Ziel erreicht werden soll.

Während es auf Bundesebene zumindest ein oberflächliches Bemühen der Regierungsparteien gibt, den Ausbau der Photovoltaik auf der Freifläche voranzutreiben, stellen sich bei der tatsächlichen Umsetzung viele praktische und politische Hindernisse. So haben auf Landesebene mehrere Landeshauptleute vielfach regulative Hürden geschaffen, verschiedene Interessensvertreter machen aus unterschiedlichen Gründen gegen PV auf der Freifläche mobil und einzelne Projekte werden durch langsame Widmungsverfahren, einen fehlenden regulativen Rahmen sowie fehlende Netzkapazitäten verzögert oder verhindert. Zusätzlich wird die PV-Branche, welche die hohen Ausbauziele erreichen soll, von ähnlichen Problemen geplagt wie weite Teile der österreichischen Wirtschaft, wie etwa dem Fachkräftemangel sowie der hohen Steuerlast.

Obwohl das EAG bereits einige Verbesserungen gebracht hat und die in Begutachtung befindliche UVP Novelle grundsätzlich begrüßenswerte Ansätze beinhaltet, besteht dringender Handlungsbedarf.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## Anfrage:

1. Um bis 2030 bilanziell 100% erneuerbare Stromerzeugung in Österreich zu erreichen ist bis dahin ein jährlicher Ausbau von durchschnittlich über 1.4 TWh Kapazität notwendig. Warum wird dieser Wert derzeit nicht erreicht?
2. Ist es nach wie vor der Plan der Bundesregierung bzw. des BMK von diesen insgesamt 11TWh Photovoltaik-Ausbau ca. die Hälfte auf der Freifläche zu errichten?
3. Auf Ebene der Bundesländer und Gemeinden gibt es häufigen Widerstand gegen Freiflächenphotovoltaik.
  - a. Welche Maßnahmen setzt das BMK derzeit, um diesen Widerstand aufzulösen?
  - b. Welche Verbesserungen erwartet das BMK durch die UVP Novelle?
4. Ist aufgrund der aktuellen Energiekrise geplant, beim Photovoltaikausbau ambitioniertere Ziele zu setzen?
  - a. Wenn nein, warum nicht?
5. Wie viel m2 Dachflächen (insbesondere größere Dächer von Hallen und Gewerbeimmobilien etc.) sind derzeit in Österreich für Photovoltaik geeignet und von welchem konkreten Potential in GWh geht das BMK hier aus?
6. Welche konkreten Schritte werden gesetzt, um gegen den eklatanten Mangel an Fachkräften für die PV-Installation vorzugehen?